Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 27 (1948)
Heft: 3

Artikel: Ergebnisse der sozialistischen Regierungspolitik in Schweden
Autor: Michaelis, Alfred
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335967

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ALFRED MICHAELIS

Ergebnisse der sozialistischen Regierungspolitik in Schweden

Göteborg, Ende Januar 1948.

Obwohl Schweden mit einem intakten und vollbeschäftigten Produktionsapparat sowie mit bedeutenden Gold- und Valutabeständen zur Friedenswirtschaft übergehen konnte, habe die sozialdemokratische Regierung infolge wirtschaftlicher Fehlentscheidungen die beträchtlichen Reserven des Landes nahezu verbraucht und somit die außerordentlich günstige wirtschaftliche Position, die es bei Kriegsende innehatte, derart geschwächt, daß sie nun zu umfassenden Zwangsmaßnahmen genötigt sei, um eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu verhindern. In dieser Weise wird gegenwärtig die sozialistische Regierungspolitk Schwedens in den Handelsteilen der ausländischen Presse beurteilt; mehr noch: sie wird fast als ein klassisches Beispiel dafür dargestellt, daß eine allein verantwortliche sozialistische Politik zwangsläufig zu einem Wirtschaftsfiasko führen müsse. Schweden sei ein «einzigartiges Beispiel» für die bösen Folgen einer kollektiven Wirtschaftspolitik, behauptet Prof. Röpke in seiner jetzt erschienenen Broschüre «Krise des Kollektivismus»; es sei, als wolle man durch ein spezielles Experiment beweisen, daß man nur ein gewisses Rezept zu befolgen habe, um die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes und sein Verhältnis zum Ausland — auch wenn es das reichste und stabilste Land sei — in Unordnung zu bringen. Das Rezept lautet: durch Überlastung der Wirtschaft schaffe man einen Inflationsdruck, und gegen diesen setze man den Gegendruck der staatlichen Zwangswirtschaft.

Die ausländischen Kritiker berufen sich in erster Linie auf denselben Tatbestand, der von der schwedischen Opposition geltend gemacht wird, ohne jedoch seine besondern und weitgehend zwangsläufigen Ursachen zu berücksichtigen. Die Gold- und Valutareserven des Landes haben vor zwei Jahren 2,2 Milliarden Kronen betragen; an der Jahreswende 1946/47 war noch ein Bestand von 1,6 Milliarden Kronen vorhanden, der dann während des letzten Jahres auf 400 Millionen Kronen gesunken ist. Wenn die Einfuhr aus den Dollarländern in den nächsten Monaten nicht unerträglich stark beschnitten werden soll — so heißt es in der oppositionellen Presse —, wird ein amerikanischer Kredit von bedeutendem Umfang unvermeidlich. Dabei wird jedoch verschwiegen, daß gerade dieser Vorsatz, das wirtschaftliche Niveau Schwedens zu halten, zu einer bedeutenden Steigerung der Einfuhr aus den Dollarländern nötigte, die durch die anhaltende europäische Wirtschaftszerrüttung — vor allem durch den Ausfall des für Schweden besonders wichtigen Handels mit Deutschland — verursacht ist und mithin zum Valutaschwund führen *mußte*. So ist die Einfuhr aus den Dollargebieten von 518 Mill. Kr. in den Jahren 1936/38 auf 1664 Mill. Kronen, die Ausfuhr hingegen in der gleichen Zeit nur von 286 Mill. Kr. auf 680 Mill. Kr. gestiegen. Die Gesamteinfuhr Schwedens betrug während des vergangenen Jahres 5175,1 Mill. Kr. (3385,6 Mill. Kr. im Jahre 1946); dagegen wurden Waren im

Betrage von 3220,3 Mill. Kr. ausgeführt (2546,7 Mill. Kr. Anno 1946), so daß sich also ein Importüberschuß von 1954,8 Mill. Kr. (838,9 Mill. Anno 1946) ergibt. Es besteht auch keine Aussicht, daß in diesem Jahre das Mißverhältnis zwischen Ausfuhr und der notwendig hohen Einfuhr wesentlich geändert werden könnte. Das Vorjahr brachte durch die lange Dürre eine Mißernte; die Ergebnisse betragen nur 55 Prozent der Ernte von 1946, so daß eine wesentlich höhere Getreideeinfuhr erforderlich wird. Der Wassermangel hat die Versorgung mit elektrischem Strom außerordentlich vermindert; durch weitere Mangelerscheinungen (Kohle), ferner die Schwierigkeit, die Industrie mit Arbeitskräften ausreichend zu versorgen — sind der Produktion starke Beschränkungen auferlegt.

Um die drohende Inflationsgefahr abzuwenden, hatte die Regierung Anfang vorigen Jahres die Leitungen der drei Oppositionsparteien aufgefordert, in gemeinsamen Beratungen zu einer allgemein verantwortlichen Lösung zu gelangen. Von der Regierung wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: Beschränkung der Investitionen, begrenzende Regelung der Einfuhr, vermehrte Ausfuhr und Hebung der Produktion; die überschüssige Kaufkraft, die in einem beständig steigenden Mißverhältnis gegenüber einer zu geringen Warenzufuhr steht, durch Förderung privater Sparsamkeit einzudämmen. Als diese Verhandlungen scheiterten, war die Regierung genötigt, um eine weitere Verschlechterung der Valutalage zu verhindern und die Reallöhne sowie die Ersparnisse des Volkes zu schützen, als Sofortmaßnahme ein Importverbot (für Kaffee, Tee, Kakao) zu erlassen). Im Laufe des Jahres wurden nochmals Verhandlungen angebahnt, die ebenfalls ergebnislos blieben. Die Regierung hat dann gemeinsam mit der Landesorganisation der Gewerkschaften ein Programm zur Überwindung der Inflationsgefahr ausgearbeitet, das 13 Maßnahmen vorsieht. In der Hebung der Produktion liegt der einzige Ausweg, um die Kluft zwischen Warenmenge und Einkommen zu überbrücken und weitere Preisteigerungen zu verhindern. Wegen des Arbeitermangels ist es aber sehr schwierig, eine Steigerung der Produktion zu erreichen. Die Regierung rechnet daher auf die Mitarbeit der Gewerkschaften; diese sollen mittels Aufklärung versuchen, Arbeitskräfte auf dem Wege der Freiwilligkeit in gewisse Wirtschaftszweige zu lenken. Das Arbeitskraftproblem soll ferner durch Begrenzung der Ausbildungszeit für Wehrpflichtige und durch Zulassung ausländischer Arbeiter gelöst werden. Als weitere Maßnahmen sind geplant: Regelung der Rohwarenzuteilung und des Importes, Steigerung der Ausfuhr, weitere Begrenzung der Investitionen, größte Vorsicht hinsichtlich der staatlichen Ausgaben, Besteuerung entbehrlicher Waren und Dienste, wirksamere Preiskontrolle; es wird Zurückhaltung in der Konsumtion und größere Sparsamkeit empfohlen, und schließlich sollen weitere Steigerungen der Gewinnbeteiligung bei gesellschaftlichen Produktionsunternehmungen verhindert werden.

Aus den Reihen der bürgerlichen Opposition werden jetzt die widerspruchsvollen Vorwürfe erhoben, einerseits, daß die Regierung mit ihren «Zwangsmaßnahmen» zu weit gehe, anderseits, daß sie diese zu spät durchgeführt habe. Während der im Januar vor sich gegangenen Reichstagsverhandlungen wurde von der Regierung vorbehaltlos zugegeben, daß man unmittelbar nach Kriegsende die Kräfte und Reserven des Landes überschätzt habe; die Opposition könne jedoch nicht freigesprochen werden, sie habe sich vom gleichen Optimismus leiten lassen. Niemand konnte zu jener Zeit voraussehen, daß der internationale Wiederaufbau als Folge der Spannung zwischen Ost und West um Jahre verzögert würde. Die Anschauungen, die von

der Opposition zu jener Zeit vertreten wurden, ermöglichten es der Regierung, sich während der Verhandlungen dauernd in der Offensive zu halten und die Opposition mit ihren eigenen, früheren Argumenten zu widerlegen.

In Schweden wurde es in den letzten fünfzehn Jahren zu einer selbstverständlichen Regel, daß alle dem Gesamtinteresse des Volkes entsprechenden Probleme im demokratischen Sinne von den führenden Parteien gemeinsam gelöst wurden. Um so überraschender war es, daß die bürgerlichen Parteien sich der Mitverantwortung in einer für die schwedische Wirtschaft so lebenswichtigen Frage, wie die Bekämpfung der Inflationsgefahr, entziehen. Die Erklärungen, die nach dem Scheitern der Verhandlungen in der bürgerlichen Presse erschienen, lassen jedoch erkennen, daß die auf Verständigung und Zusammenarbeit abgestimmten Verhältnisse überwunden sind. So erklärte der Reichstagsabgeordnete Domö, Führer der Rechtspartei, die Voraussetzung einer Zusammenarbeit sei, daß «die Regierung klar Abstand nehme von allen Experimenten, die im hastigen Tempo das Wirtschaftsleben in eine neue Organisation und die Gesellschaft in sozialistischer Richtung umzuwandeln versuchen». Eine noch deutlichere Sprache führte die Wirtschaftszeitung «Affärsvärlden», die verkündete, daß die großartige Sozialpolitik der Regierung für die Wirtschaft untragbar sei. «Eine lange Reihe von Lohnerhöhungen ist durchgeführt worden, die die Kaufkraft gesteigert haben; die Inflationsgefahr hat jedoch das Sparinteresse vermindert. Das Interesse, durch eigene Kraft seine Zukunft zu sichern, ist aber auch untergraben worden durch *die allgemeine Versorgungspolitik der Regierung*, durch jene Vergünstigungen verschiedener Art und in einem Umfang, wie man es nie ahnen konnte.»

Die Löhne sind, gemessen am Lebenskostenindex, seit der Vorkriegszeit um 13 Prozent gestiegen; wird diese Ziffer entsprechend der Lebenshaltungsverteuerung, die der Index nicht deckt, und mit Rücksicht auf die letzte Erhöhung der Lebensmittelpreise reduziert, so macht die Lohnerhöhung 6 bis 7 Prozent aus. Schließlich sind noch die «Vergünstigungen jener Versorgungspolitik» zu erwähnen, die von der bürgerlichen Opposition ebenfalls auf das Schuldkonto der Regierung verbucht werden. Am 1. Januar 1948 sind zwei bedeutende Reformen in Kraft getreten. Es ist die *Volkspensionsgesetzgebung*, die jedem Staatsbürger mit dem vollendeten 67. Lebensjahre, unabhängig von Einkommen und Besitzverhältnissen, eine Jahrespension von 1000 Kr., für Ehepaare 1600 Kr. sichert, die nach entsprechender Bedürftigkeitsprüfung um 600 Kr. für Mietsbeihilfe erhöht werden kann. Gleichzeitig wurde die *Kinderbeihilfe* eingeführt: jede Familie erhält für jedes ihrer Kinder bis zum vollendeten 16. Lebensjahre eine staatliche Beihilfe von 260 Kr. jährlich. Diese Reform erfaßt eine Million Familien mit insgesamt 1 600 000 Kindern; die Ausgaben des Staates allein für diesen Zweck werden auf über 400 Mill. Kr. berechnet. In diesem Zusammenhang mag erwähnt sein, daß die Kinder den Volksschulen seit 1946 freies Schulmaterial und in 3000 Schulen insgesamt 140 000 Kinder eine freie Schulmahlzeit erhalten. Es ist das Ziel der Regierung, daß diese unentgeltliche Schulmahlzeit so bald wie möglich in allen Schulen eingeführt werden soll. Die Regierung hat es außerdem ermöglicht, daß den Kindern der Arbeiterklasse jede Ausbildung ermöglicht werden kann, unabhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern und den hierzulande eine so große Rolle spielenden Entfernungen zu und von den Bildungsstätten. Für diesen Zweck hat der Reichstag für 1948 8 Mill. Kr. (im Jahre 1947 4,5 Mill. Kr.) bewilligt, so daß jeder Schüler, der einen

Schulweg von mehr als 5 Kilometern zurückzulegen hat, um eine höhere Lehranstalt zu besuchen, ohne Bedürftigkeitsprüfung ein jährliches Stipendium von 500 Kr. erhält. Auf besondern Antrag kann im Falle der Bedürftigkeit ein zusätzliches Stipendium von 540 Kr. bewilligt werden; ein Studierender minderbemittelter Eltern kann also jährlich 1050 Kr. Staatsbeihilfe beanspruchen. Weiter hat jedes Schulkind das Recht auf eine freie Ferienreise.

Im Jahre 1930 betrug die Gesamtsumme für Sozialausgaben 250 Mill. Kr.; der Anteil des Staates machte 90,3 Mill. Kr. aus. Im Jahre 1940 war die Gesamtsumme 533 Mill. — der Anteil des Staates betrug 280,2 Mill. Kr. In diesem Jahre steigen die staatlichen Sozialausgaben auf ungefähr 900 Mill. Kr. (bei einem Budget von 4,4 Milliarden Kr.). Wenn auch vorläufig eine Pause eintreten soll und keine neuen Maßnahmen und Reformen zur Erhöhung des Lebensstandards mehr durchgeführt werden können, so ist doch damit zu rechnen, daß in den folgenden Jahren der staatliche Anteil rund 1 Milliarde Kr. betragen wird; dazu kommen noch 450 Mill. Kronen für sozialen Wohnungsbau und außerdem 40 Mill. im Unterrichtsbudget für sozialpädagogische Zwecke. Es wird berechnet, daß das in naher Zukunft vollständig ausgebaute soziale Sicherheitssystem einen Aufwand von 1,5 Milliarden Kr. erfordern wird, und zwar entfällt auf die Volkspension ein Anteil von 600, für die freie Krankenhauspflege 60, Heilmittel 18, Krankenversicherung 165, Kinderbeihilfe 250 und für Wohnungsrabatte 120 Mill. Kr.

Das schwedische Volk hat ausreichende Vergleichsmöglichkeiten, um selber beurteilen zu können, wie es mit «jener Unordnung», die — nach Röpke — eine «kollektivistische Wirtschaftsweise» mit sich führt, bestellt ist. Als vor fünfzehn Jahren die schwedische Sozialdemokratie erstmalig in alleinverantwortlicher Weise die Politik des Landes übernahm, hatte das Prnzip der «freien Wirtschaft» dahingeführt, daß 200 000 Arbeitslose vorhanden waren; genau ausgedrückt: jeder vierte Arbeitnehmer war erwerbslos. Die Landwirtschaft war in einem Zustand, daß sie den Kleinbauern nichts als Sorgen und Elend bereitete. Man verspürt keinerlei Verlangen nach der «Freiheit» jener Zeit; die sozialdemokratische Regierung wird, getragen vom Vertrauen der Arbeiter und Kleinbauern, unbeirrt ihren Weg fortsetzen und eine Gesellschaftsordnung zu errichten suchen, die die Freiheit von Not und Furcht verbürgt.